

# Dresdner Nachrichten

Begründet 1856

Verleger: Rudolf Köpcke  
Verlags- und Druckerei: Köpcke & Welsch  
Bismarckstr. 10, 1000 Berlin

Druckpreis: 10 Pf. (für den Abnehmer)  
Anzeigenpreis: Die Anzeigen werden nach  
Wochensatz berechnet: die einseitige 20 mm breite Zeile 35 Pf., für anderwärts 40 Pf., Familien-  
anzeigen und Stellenangebote ohne Rabatt 15 Pf., außerhalb 25 Pf., die 30 mm breite Zeile 45 Pf.,  
außerhalb 55 Pf., Offertengelder 30 Pf., Kündigungsgebühren 20 Pf.

Druck u. Verlag: Köpcke & Welsch,  
Bismarckstr. 10, 1000 Berlin  
Nachdruck nur mit schriftl. Genehmigung  
(Verlag, Druck.) zulässig. Unverlangte  
Schriftstücke werden nicht aufbewahrt

## Sonderkontrolle der rheinischen Bahnen

### Frankreich hat für zwölf Jahre Einspruchsrecht bei Erweiterung des Verkehrsnetzes

#### Eine unbefriedigende halbamtliche Erklärung

(Drahtmeldung unserer Berliner Schriftleitung)

Berlin, 23. Nov. Eine halbamtliche Auslassung sucht die Befürchtungen zu zerstreuen, als ob in Zukunft jeder eigene Neubau im Rheinland der Kontrolle der Volkshüterkonferenz oder irgendeines anderen Ueberwachungs Ausschusses unterliege. Es wird betont, daß nach den im August abgeschlossenen Vereinbarungen ein solcher Zustand nicht besteht, sondern daß Deutschland auch im Rheinland, d. h.

im entmilitarisierten Gebiet unbehindert je nach den wirtschaftlichen oder Verkehrsbedürfnissen neue Bahnlücken anlegen darf.

Es scheint aber, als ob die Dinge damit doch nicht in ganz richtigem Lichte dargestellt werden. Es wird auch von amtlicher Seite nicht bestritten, daß der Artikel 43 des Versailler Vertrages nach wie vor in Kraft bleibt. Nach diesem Artikel darf Deutschland im entmilitarisierten Gebiet keine Mobilmachungsvorrichtungen treffen. Dazu

gehört auch der Bau von Bahnlücken, die strategischen oder militärischen Zwecken dienen. Nach der zwischen Deutschland und Frankreich für 12 Jahre getroffenen Vereinbarung bleibt es Deutschland unbenommen, das Bahnnetz im entmilitarisierten Gebiet zu erweitern.

Frankreich kann erst nach vollendetem Bau dagegen Einspruch erheben,

wenn es den Nachweis erbringt, daß die neugebauten Linien unter wirtschaftlichen Vorwänden militärischen Zwecken dienstbar gemacht werden sollen. Dies setzt natürlich voraus, daß Frankreich eine Kontrolle übt, um sich über den Stand der Dinge auf dem laufenden zu halten. Es setzt insbesondere voraus, daß die auf der Haager Konferenz zitierte Vergleichskommission des Locarnovertrages ihre Tätigkeit ausübt. Es ist klar, daß sich diese Konsequenzen aus dem Artikel 43 des Versailler Vertrages ergeben, dessen Bestimmungen Frankreich selbstverständlich trotz aller Ausgleichs- und Versöhnungspolitik aufrechterhält. Wenn man sich dies vor Augen hält, wird man nicht zu der Auffassung kommen können, daß Deutschland am Rhein nach Belieben Bahnbauten errichten könne, ohne noch an eine Kontrolle gebunden zu sein.

#### Wirtschaft, Horatio!

Aufrüttelung der Gelder! Darf Worte voll erbarmungsloser Klarheit über die Zukunft sind in diesen Tagen von Kassel ausgegangen. Wertvoll schon in ihrer Wirkung als Appell ans Volksgewissen, als letzte Mahnung vor dem Volksentscheid, die Folgen des Youngplans noch einmal ohne parteiische Voreingenommenheit nach allen Seiten hin zu überprüfen. Das kalte Grauen kann einen packen, wenn man sich hinein versenkt ganz gleich, ob man mit Schauern trostlose Zukunftsbilder sieht oder nur die qualvollen Schwierigkeiten der nächsten Monate und Jahre. Und niemand wird dabei verkennen, daß es die schwerste und undankbarste aller Aufgaben ist, in solchen Zeiten die Finanzen eines Staates zu verwalten, der bei äußerster Anspannung seiner Steuerkräfte erst ein Drittel des Aufkommens für äußere und innere Kriegslasten ausgeben muß, bevor er an sich und seine eigenen dringendsten Bedürfnisse denken kann. Es gibt auf diesem Posten noch weniger als auf irgendeinem anderen die Möglichkeit, es allen Leuten recht zu machen. Auch der gewiegteste Fachmann könnte auf so kleinem Boden nur unbefriedigende Arbeit leisten. Das sind Augenblicke, die man ohne weiteres auch dem derzeitigen Reichsfinanzminister Dr. Hilferding machen muß, wenn es jetzt wieder notwendig wird, sich mit seiner Geschäftsführung kritisch zu befassen.

Aber trotzdem! Als diese nicht zu verkennenden und schwer zu überschätzenden Schwierigkeiten können dem Dilettantismus nicht entschuldigen, der unter seiner Führung das Merkmal deutscher Finanzpolitik geworden ist. Es herrscht Uebereinstimmung aller, daß dieser sozialdemokratische Steuerspezialist vielleicht ein tüchtiger Arzt, aber auf jeden Fall der unbrauchbarste Finanzminister ist, den die Republik je gehabt hat. Ein ununterbrochener Krebsgang, willenloses Treibenlassen, Fehlschläge aller Art und missglückte Experimente, von der steuerfreien Reichsanleihe bis zum Schweden-Bindholzpakt, sind die Spuren seiner Tätigkeit. Daß wir ihn gleichwohl beim letzten Ministerschub nicht losgeworden sind, ist die Wirkung koalitionsstaatlicher Bedenklichkeiten und eines unangebrachten Prestigebedürfnisses der sozialistischen Regierungspartei, die in der Öffentlichkeit wenigstens nicht zugeben will, daß ihr Finanzminister ein Versager ist.

So läßt man ihn gemächlich weiterwursteln auf neue Ziele los. Um die große Finanzreform ist es still geworden. Nur ein Japselchen hat Hilferding gelüftet und dann den Vorhang wieder zugezogen mit dem Hinweis auf das noch unentschiedene Schicksal des Youngplans, der für alle seine Berechnungen maßgebend sei. Inzwischen harret als nächste dringliche Arbeit der Etat für 1930. Was darüber durchsickert, ist beunruhigend genug. Man begreift, daß der Voranschlag diesmal besondere Schwierigkeiten eben wegen der Undurchsichtigkeit der Reparationslage macht. Nachdem der Volkswirtschaftler noch aussteht und sogar das Zentrum sich im Hinblick auf die Saarverhandlungen und die 2. Haager Konferenz sein Ja oder Nein vorbehalten hat, ist die Entscheidung über die Youngsche Tributregelung noch ganz ungewiß. Wird sie Gesetz, dann kommt für die siebenmonatige Übergangszeit bis zum 30. April 1930 die berühmte „Erparnis“ von 400 Millionen zur Geltung, die übrigens jetzt schon durch das monatlich wachsende Defizit aufgezehrt ist. Scheitert aber der Youngplan in letzter Stunde, dann muß der Reichshaushalt auf die zunächst höheren Darlehenszahlungen eingestellt werden. Die Entscheidung wird aber bei dem schleichenden Gang der Dinge erst im Februar fallen, und der Haushaltsplan soll Mitte Januar bereits dem Reichstag vorgelegt werden. Eine schlimme Verlegenheit für den verantwortlichen Finanzminister. Man sollte nun meinen, daß er in dieser Lage nach den Gepflogenheiten eines sorgfältigen Kaufmannes jede Möglichkeit, vor allem auch die (für ihn von seinem Respektstandpunkt aus) ungünstigere in Rechnung stellt und sich für alle Fälle wappnet mit dem Vorbehalt, daß durch eine andere Tributregelung etwa freierwerbende Mittel seiner Steuererhebungszuflüsse zugute kommen. Aber weit gefehlt! Wie man hört, wird bei der Aufstellung des neuen Etats der Youngplan bereits zugrunde gelegt. Die Gründe, die für die Zurückweisung der Finanzreform geltend gemacht werden, verlangen hier auf einmal nicht! Das ist ein Verfahren, das aus finanziellen und wirtschaftlichen Gründen leichtfertig, politisch gesehen aber höchst unzulässig erscheint. Denn wenn der Reichstag dadurch auch nicht verhindert wird, den Youngplan nach Gutdünken abzulehnen, so wird doch seine Entschlußfreiheit durch den Zwang finanzieller Augenblickszustände stark eingeengt, und die Prüfung aller Einzelheiten, die sich auf einen Zeitraum von 60 Jahren erstrecken muß, unter den Druck einer Notlage gestellt, die sich auf die nächsten Monate bezieht. Ob das vielleicht der Zweck der Übung ist?

Nicht weniger bedenklich ist der Etat selbst, der in seinen Anforderungen den von 1920 noch um 600 Millionen

## Briand verspricht Einhaltung der Räumungsfrist

#### Neue Einwendungen Snowdens erwartet

Paris, 23. Nov. Ueber die Ausführungen Briands im Kammerausschuß für auswärtige Angelegenheiten liegen in den Morgenblättern einige ergänzende Nachrichten vor. Nach dem „Echo de Paris“ soll der radikale Abgeordnete Bergery gefragt haben, ob Briand glaube, daß Snowden auf der zweiten Haager Konferenz seine Obstruktion wieder beginnen und neue Einwendungen erheben werde, so vor allem gegen die Befugnisse der Internationalen Zahlungsbank, Kredite zu gewähren. Briand antwortete,

er nehme zwar an, daß Snowden Einwendungen erheben werde, aber sie würden nicht so schwerwiegend sein, daß sie die Unterzeichnung des Abkommens in Frage stellen würden.

Der Abgeordnete Grumbach hat dem Blatt zufolge bezüglich des Sicherheitsproblems gefragt, ob man das vor zwei Jahren von Marshall Foch verfaßte Abkommen, worin feststeht, daß Deutschland entwaffnet sei, noch als zutreffend ansehen könne. Briand habe das bejaht, aber darauf hingewiesen, daß Marshall Foch Vorbehalte bezüglich gewisser Punkte der Entwaffnung gemacht habe, denen Deutschland noch nicht Genüge geleistet habe.

Die „Populaire“ berichtet, hat der Abg. Guy (Fraktion Franklin Bouillon) gefragt: Genügt die Tatsache, daß das französische Parlament den Youngplan nicht ratifiziert, um zu verhindern, daß die Fristen für die Rheinlandräumung laufen? Grumbach warf ein: Nur die Weigerung Deutschlands, die Ratifizierung vorzunehmen, würde die Fristen verstreuen. Briand hat dem Blatt zufolge das bejaht und erklärt:

Es würde in diesem Falle nicht im Interesse Frankreichs liegen, die Räumung hinauszuzögern.

Wenn das französische Parlament den Youngplan ablehnen würde, nur, um die Räumungsfrist zu hinauszuschieben, würde es sich eines Vergebens schuldig machen.

Die „Matin“ berichtet, hat Briand über den Zeitpunkt des 30. Juni, zu dem die Rheinlandräumung anfanglich auf acht Monate festgesetzt worden, weil man mit der Ratifizierung des Youngplans durch Deutschland für Anfang November gerechnet habe und berücksichtigt habe, daß während der Wintermonate November, Dezember und Januar infolge der Witterungsbedingungen große Truppenverschiebungen nicht stattfinden könnten, diese Monate also ausfallen. Da die Ratifizierung jetzt nicht vor Februar stattfinden könne, brauche man diese

drei Wintermonate in die Berechnung nicht mehr einschalten, und die Räumung werde mitten in kürzerer Frist erfolgen, ja vielleicht ebenso rasch vollendet sein können, wie man in Deutschland bereits den Youngplan ratifiziert hätte.

#### Frankreich will Bauernland bleiben

(Drahtbericht unserer Pariser Korrespondenten)

Paris, 23. Nov. Die Kammer hat gestern in drei Sitzungen große und wichtige Vorlagen erledigt, und in all diesen Sitzungen hat die Autorität des Ministerpräsidenten Tardieu einen durchschlagenden Erfolg erzielt. Zunächst hat die Kammer wiederum mit einer überwältigenden Mehrheit das von Tardieu selbst vertretene Gesetz zum Schutz der Zuckerribenindustrie, das eine

#### bedeutende Erhöhung des Zuckersoll

vorsteht, angenommen. Nachmittags hat die Kammer die Kredite für die zwei neuerrichteten Ministerien und für die neuerrichteten Unterstaatssekretariate angenommen. Darauf, in einer Nachsitzung, sind alle Interpellationen über die Landwirtschaftspolitik der Regierung durch ein Vertrauensvotum für die Regierung ebenfalls abgeschlossen worden. Bei dieser letzten Abstimmung, die heute in der Morgenfrühe stattfand, erhielt

#### die Regierung eine Mehrheit von 79 Stimmen.

Innerhalb von knapp drei Wochen ist also die Mehrheit, über die das Kabinett Tardieu in der Kammer verfügt, in einer ganzen Anzahl von Abstimmungen sich nicht nur erhalten, sondern gestärkt worden. Gestern nacht hat Tardieu über die Landwirtschaftspolitik der Regierung bemerkenswerte Erklärungen gemacht: Das Programm der Regierung, erklärte er, das einen

#### Kredit von 1750 Millionen für die Landwirtschaft

verlangt, wird im ganzen Lande angeschlagen werden. Man muß die Arbeitsbedingungen der Landwirtschaft in jeder Hinsicht erleichtern, denn wir sind uns bewußt, daß Frankreich ein Bauernland ist und dies immer bleiben muß. Der Grund und Boden, das ist die Grundlage für das Leben des Volkes. Hier begegnen wir dem nationalen Geist in seinen untereinander verbindet, sowohl gegen Eindringlinge von außen, wie gegen Ordnungsstöcker von innen. Wenn Sie ein ähnliches und reiches Frankreich haben wollen, so müssen Sie eine Landwirtschaft haben, der es gut geht. Das ist das Programm der Regierung.

## Whantastische Putschgerüchte in Schlessien

#### Ueberne Sensationen der Kommunisten

Breslau, 23. Nov. Der Polizeipräsident steht sich durch ein von der kommunistischen „Schlesischen Arbeiterzeitung“ verbreitetes Extrablatt über einen angeblich in Vorbereitung befindlichen Putsch in Schlessien veranlaßt, zu den Behauptungen der Zeitung Stellung zu nehmen. Das Extrablatt, das heute in aller Frühe herauskam, hatte u. a. behauptet, der Bezirksleiter in Schlessien der kommunistischen Partei sei im Laufe der Nacht bekannt geworden, daß ein Putschplan unmittelbar bevorstehe, dessen Ausgangspunkt der Landeshauptstadt Breslau sei. Der Putschplan sei dem Breslauer Polizeipräsidenten bei dem Blatt die Richtung dieser Meldung bekannt worden, gleichzeitig habe man im

Präsidenten versichert, daß die Polizei auf die Abwehr eines Putsches gerichtet sei.

#### Der Polizeipräsident erklärt dazu.

es seien in den letzten Tagen wohl Gerüchte über einen Putschplan in Umlauf gewesen und auch ihm zu Ohren gekommen. Jegendwelse tatsächlichen Unterlagen dafür seien aber nicht vorhanden. Es liege keinerlei Grund zur Beunruhigung vor. Am Freitagabend habe ein Berichterstatter der Arbeiterzeitung ihn telefonisch angerufen und mit ihm über die Gerüchte gesprochen. Er habe dem Berichterstatter erklärt, daß ihnen keinerlei Bedeutung zukomme. Trotzdem habe der Berichterstatter die Herausgabe des Extrablattes veranlaßt.